

NACHRICHTEN

Grüne wollen Schiefergas-Verbot

ENERGIE sda. Die Förderung von Schiefergas mittels Fracking ist international umstritten. In der Schweiz gibt es noch keine konkreten Projekte, die den Einsatz dieser Fördertechnik vorsehen. Trotzdem fordern die Grünen nun ein nationales Förderverbot. Aus Sicht der Partei sprechen gegen die Schiefergas-Förderung: der enorme Wasserverbrauch, die Gefahr der Grundwasserverseuchung durch den Einsatz von Chemikalien sowie das Erdbebenrisiko. Verbieten wollen die Grünen den Einsatz von Fracking hingegen im Zusammenhang mit der Förderung von fossilen Energieträgern wie Erdgas und Erdöl.

Ressourcen für 2013 verbraucht

UMWELT sda. Ab heute lebt die Welt auf Pump, warnt der WWF. Denn am 20. August habe die Menschheit in diesem Jahr bereits so viele natürliche Ressourcen verbraucht, wie die Erde innerhalb eines ganzen Jahres erneuern kann. Erstmals habe die Weltbevölkerung im Jahr 1987 mehr Ressourcen verbraucht, als die Erde produzieren könne. Damals fiel der sogenannte «World Overshoot Day» auf den 19. Dezember. Seither hat sich der Tag immer weiter nach vorne verschoben. Mittlerweile wären laut WWF bereits über 1,5 Planeten nötig, um die Bedürfnisse der Weltbevölkerung zu stillen. Bis 2050 müssten es gar 2 Planeten sein.

Sommarugas Info-Chefin geht

BERN sda. Sylvia Scalabrino, Informationschefin von Bundesrätin Simonetta Sommaruga, nimmt nach gut einem Jahr schon wieder den Hut. Sie verlässt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) Ende Oktober 2013 auf eigenen Wunsch. Grund dafür seien «trotz guter Zusammenarbeit unterschiedliche Vorstellungen über Fragen der Organisation und der Ressourcen», heisst es in einer Mitteilung. Auf Anfrage wollte sich Scalabrino nicht weiter äussern. Verschiedene Zeitungen hatten gemutmasst, dass die hohe Belastung für viele Abgänge im EJPD verantwortlich sei.

Prozess: Spionage bei Ems-Chemie

BELLINZONA sda. Im mutmasslichen Wirtschaftsspionage-Fall bei der Ems-Chemie hat gestern ein zweiter Prozess vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona begonnen. Ein früherer Mitarbeiter und ein externer Unternehmer stehen unter dem Verdacht, Geschäftsgeheimnisse an die Konkurrenz verraten zu haben.

Der Ex-Angestellte der Ems-Chemie, ein 44-jähriger deutscher Staatsbürger, soll dem Schweizer Unternehmer in drei Fällen betriebsinterne Informationen zu Geschäftsstrategien und Produktionstechniken zukommen lassen haben.

Urteil für Freitag angekündigt

Gemäss Anklage ging es dabei um Pläne und Forschung im Bereich Glasfasertechnik. Gemäss Bundesanwaltschaft machte sich der 50-jährige Unternehmer das Wissen zu Nutze, indem er eine deutsche Kunststofffirma mit den technischen Informationen versorgte. Beide Beschuldigte müssen sich wegen der Verletzung von Fabrikations- und Geschäftsgeheimnissen verantworten. Dem Schweizer wird ausserdem wirtschaftlicher Nachrichtendienst vorgeworfen. Beide wiesen jede Schuld von sich. Ihrer Meinung nach waren die Informationen nicht geheim.

Der Prozess vor dem Bundesstrafgericht ist über mehrere Tage angesetzt. Das Urteil ist für Freitag angekündigt.

Entscheidungskampf für Gripen

KAMPFJET Immer wieder flog der Gripen hierzulande in die politische Warteschleife. Nun steht nächste Woche eine wegweisende Sitzung an – dabei drohen ernste Turbulenzen.

LÉA WERTHEIMER
lea.wertheimer@luzernerzeitung.ch

Für Ueli Maurer kommt es in einer Woche zum Showdown im Gripen-Geschäft. Die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) des Nationalrats tagt zum zweiten Mal über den Kauf der 22 schwedischen Kampfflugzeuge. Bereits im April stand der Kampfjet auf der Traktandenliste der Nationalräte. Zwar befürwortete die Mehrheit der Kommission damals die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Nachdem sie aber Verteidigungsminister Ueli Maurer und seine Experten angehört hatte, schob die SiK das Geschäft trotzdem auf die lange Bank. Ungenügend, lautete das Urteil über Maurers Ausführungen. Die Parlamentarier schickten den Bundesrat mit Hausaufgaben zurück in sein Büro. Gelingt es dem Verteidigungsminister am kommenden Montag nicht, die bürgerlichen Kampfjet-Kritiker zu überzeugen, droht der Gripen in der Schweiz ganz abzustürzen. Thomas Hurter, Vizepräsident der nationalrätlichen SiK, schliesst dabei einen Neustart der gesamten Beschaffung nicht aus, wie er im Gespräch mit unserer Zeitung sagt.

Transparenz und Sanktionen

Vor allem die verschiedenen Kaufverträge zwischen Saab, Schweden, und der Schweiz fielen im April in der Sicherheitspolitischen Kommission durch – oder zumindest die Auskünfte, welche Maurer damals geben konnte. Die Schweiz kauft die Flugzeuge nämlich nicht bei Saab direkt, sondern bei Schweden, das ebenfalls rund 60 neue Gripen kaufen will.

Zu diesem Zweck hat der nordische Staat mit dem einheimischen Flugzeughersteller Saab einen Vertrag abgeschlossen, der auch das Schweizer Gripen-Paket beinhaltet. Dieses schwedeninterne Papier regelt auch, was Schweden von Saab im Fall von Lieferproblemen als Abgeltung erhält. «Im April wollten wir die Inhalte dieses Vertrags kennen», sagt Hurter. Armasuisse und das VBS hätten dazu aber keine Angaben machen können. «Also haben wir den Verantwortlichen den Auftrag gegeben, gewisse Fragen zu klären und andererseits neue Elemente wie einen klar definierten Zahlungsplan oder finanzielle Rückhalte im Vertrag aufzunehmen, um Risiken abzusichern.»

Besonders die Fragen nach der verspäteten Ablieferung, technischen Mängeln oder ungenügenden Leistungen müssten geklärt sein. «Falls Schweden dafür entschädigt wird, muss die Schweiz daran teilhaben, wir wollen wissen, wie



Piloten bereiten den Gripen für den Start vor. Im Januar wurde das schwedische Kampfflugzeug auf dem Militärflugplatz Emmen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Keystone/Urs Flüeler

dies geregelt sein soll.» Bei den Gripen-kritischen bürgerlichen Sicherheitspolitikern kommt die Unsicherheit über den Zahlungsplan schlecht an. Für Pilot Hurter ist klar: «Lieferungs- und Zahlungsplan müssen für einen Entscheid der Kommission bekannt sein.» Falls nicht, kann es gar zu einem Abbruch der gesamten Beschaffung kommen.

Auf Anfrage, ob denn die Parlamentarier den Kaufvertrag zwischen Saab und Schweden sehen oder zumindest dessen Inhalt erfahren werden, heisst es bei Saab:

«Möglich ist, dass wir sogar eine Neuausschreibung fordern.»

THOMAS HURTER,
SVP-NATIONALRAT,
SCHAFFHAUSEN

«Wir sind nicht Ansprechpartner für die Schweiz», das müsse Schweden entscheiden. Insider vermuten, dass Maurer und seine Experten die Kommission nicht werden zufrieden stellen können. Grösste Hürde dürfte dabei der von Hurter geforderte Zahlungsplan sein. Dieser soll festlegen, dass die Schweiz nicht mehr als 15 Prozent des Gesamtkaufpreises von 3,1 Milliarden Franken als Anzahlung

leistet. Ein ungewöhnlich tiefer Betrag bei Geschäften dieser Grösse, sind sich Rüstungsexperten einig.

Drei mögliche Szenarien

Thomas Hurter sieht an der SiK-Sitzung drei mögliche Szenarien:

- Der Bundesrat bringt im Vergleich zum April nichts Neues. «Dann dürfte sich keine Mehrheit für das Geschäft finden», ist sich Hurter sicher. «Möglich ist, dass wir dann sogar eine Neuausschreibung fordern.»

- Der Bundesrat hat die Risiken im Vertrag genügend abgesichert, die Abgeltung ist geregelt, und die Kommission wird transparent informiert. Hurter: «Dann vermute ich, dass der Gripen mehrheitsfähig ist.»

- Eine Zwischenvariante, bei welcher die Forderungen der Parlamentarier zum Teil erfüllt sind. Hurters Fazit: «Dann steht das Geschäft auf wackeligen Beinen.» Eine Prognose sei schwierig. «Als Parlamentarier will ich, dass diese Risiken abgesichert sind, schliesslich trage ich die Verantwortung mit.»

Deshalb schliesst Thomas Hurter nicht aus, dass es im Gripen-Geschäft erneut zu Verzögerungen kommt. Will die Schweiz am Gripen festhalten, darf diese allerdings nicht mehr allzu lang sein,

denn die Offerte aus Schweden läuft am 14. August 2014 aus, wie Peter Minder, Kommunikationschef im VBS, bestätigt. Und bis dahin müsste der Nationalrat das Geschäft behandeln und das von den Linken angekündigte Referendum vors Volk kommen.

VBS hat nachverhandelt

Seit dem April blieb das Verteidigungsdepartement aber nicht untätig, wie Peter Minder betont. «Das VBS hat vor allem in den von der Kommission bezeichneten Bereichen verhandelt.» Dabei sei es um Garantien, den Zahlungsplan oder eine Inflationsklausel gegangen. In der kommenden Sitzung werde das VBS der SiK detailliert auf die gestellten Fragen antworten, so Minder weiter. Er lässt durchblicken, dass im Kaufvertrag Sanktionen gegen Saab verankert sind. Wie genau diese funktionieren, werde den Parlamentariern dargelegt. «Inwiefern die SiK darüber gegenüber der Öffentlichkeit Transparenz schaffen will, bleibt ihr überlassen», schiebt Minder nach.

Im Hinblick auf die Debatte im Parlament ist für Hurter indes klar: «Das Geschäft ist in den Medien präsent und hat ein solches Gewicht erlangt, dass am Schluss wohl jeder auf der Parteilinie fahren wird.» Ein Bürgerlicher, der bisher den Risiken im Gripen-Geschäft kritisch gegenüberstand, werde das Geschäft wohl nicht ablehnen. «Man möchte ja nicht in das linke Lager geschoben werden.»

Finanzdepartement verteidigt Abkommen

ERBSCHAFT In der Romandie hat das Abkommen mit Frankreich hohe Wellen geschlagen. Nun verteidigt sich der Bund.

«Ganz und gar ungünstig für die Schweiz», kommentierte der Walliser FDP-Grossrat Philippe Nantermod das am 11. Juli unterzeichnete Erbschafts-abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich. Gar «eine Katastrophe» nannte es der Genfer CVP-Kantonsrat Bertrand Buchs. Das neue Abkommen, welches dem französischen Fiskus auch Zugriff auf Erbschaften gewährt, wenn der Erblasser in der Schweiz wohnte und hier Immobilien besass, hat die Romandie in Aufruhr versetzt. Das Abkommen muss noch vom Parlament ratifiziert werden, was zum jetzigen Zeitpunkt als unwahrscheinlich gilt. Zudem ist ein Volksreferendum möglich. Trotzdem gehen die Westschweizer Kantone auf die Barrikaden und planen ein Ständereferendum. Die dafür notwendigen zwei Deutschschweizer Kantone,

hofft man in den beiden Basel zu finden. Im Kanton Zürich strebt FDP-Kantonsrat Hans-Peter Portmann eine parlamentarische Initiative gegen das Abkommen an. Es gab viel Lärm. In der Westschweiz kehrte erst mit der Sommerpause etwas Ruhe ein.

Nun sind die Parlamentarier aus ihren Ferien zurück. Aber das Finanzdepartement will die Initiative nicht den Gegnern überlassen. Gestern lud das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen (SIF) darum die Medien ein.

«Besser ein Schlechteres als keines»

Christoph Schelling sprach zu Beginn Klartext: «Natürlich war das alte Abkommen vorteilhafter für die Schweiz», sagte der Leiter der Abteilung Steuern des SIF. Aber die Schweiz stehe nicht vor der Wahl zwischen dem alten und dem neuen Abkommen, sondern zwischen dem neuen oder gar keinem, erklärte Schelling. Ein vertragsloser Zustand sei gefährlich. Es drohen Rechtsunsicherheit, Doppelbesteuerung und generell schlechtere Konditionen für die Schweiz. Frankreich würde einseitige Massnahmen beschliessen, die erfah-

rungsgemäss immer unvorteilhafter als mit einem Abkommen ausfallen würden.

Hilft der Vertrag anderen Dossiers?

Frankreich wollte das 1953 geschlossene Abkommen nicht mehr. Das machte die Regierung in Paris bereits 2011 klar. Um eine Kündigung und damit einen vertragslosen Zustand zu verhindern, nahm die Schweiz mit Frankreich Verhandlungen für ein neues Abkommen auf. Vor rund einem Monat unterzeichnete Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Moscovici das Abkommen. Gleichzeitig wurde der Startschuss für einen Finanzdialog über offene bilaterale Finanz- und Steuerfragen gestartet. «Das Erbschafts-abkommen bringt Dynamik in die Verhandlungen von vielen offenen Fragen, wie die Regularisierung der Vergangenheit bei unversicherten Vermögen», sagte Schelling. Und weiter: «Bis jetzt waren wir blockiert, da Frankreich zuerst das Erbschaftsabkommen abschliessen wollte. Das war ihre Grundvoraussetzung für das Verhandeln anderer Dossiers», so Schelling. Just in diesem Punkt

säte Schelling gestern aber mehr Zweifel als er beseitigte. Ob das Erbschafts-abkommen zu einer Lösung mit Frankreich für unversicherte französische Vermögen auf Schweizer Bankkonten führen wird, dem wichtigsten Dossier, ist fraglich. Für die Schweiz stehe dafür das Modell der Quellenbesteuerung im Vordergrund. Aber: «Ein Abkommen zur Quellenbesteuerung mit Frankreich ist nicht wahrscheinlich oder gar in Reichweite. Wir stehen hier noch ganz am Anfang», so Schelling. Frankreich werde vermutlich abwarten, was die Debatte in der OECD zum automatischen Datenaustausch erbege.

«Wir haben hart gekämpft»

Schelling wehrte sich gestern auch gegen den Vorwurf, Frankreich habe den Inhalt des Abkommens diktiert. Für die Vorteile für die Schweiz im Abkommen habe man hart gekämpft. Aber: «Wir haben keinen Zauberstab, der die Kräfteverhältnisse zum Verschwinden bringt. Frankreich hat einen gewissen Grössenvorteil, das ist Fakt», gab Schelling zu.

LUKAS SCHARPF
lukas.scharpf@luzernerzeitung.ch